



Haushaltsabschluss 2025: Investitionsmittel steigen – Umsetzung bleibt träge

Ute Pappelbaum

Wie das Bundesfinanzministerium bekannt gibt, steigen die Investitionsausgaben des Bundes 2025 im Vergleich zum Vorjahr um rund 17 Prozent – ein Zuwachs von über 12 Milliarden Euro. Auch die Nettokreditaufnahme fällt mit 66,9 Milliarden Euro deutlich niedriger aus als geplant. Fiskalisch ist das ein robustes Ergebnis. Doch unter ökonomischer Perspektive fällt auf: Die Lücke zwischen Planung und tatsächlichem Mittelabfluss ist erheblich – und strukturell erklärbar.

Investitionsstau trotz wachsender Budgets

Nur 86,8 Milliarden Euro der vorgesehenen 115,6 Milliarden Euro an Investitionen wurden realisiert. Der Großteil der Abweichung betrifft das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) sowie den Klima- und Transformationsfonds (KTF). Ein wesentlicher Grund: Die haushaltsrechtlichen und verwaltungstechnischen Grundlagen standen bis weit ins vierte Quartal nicht zur Verfügung. Für die Länder relevante Mittel in Höhe von 8,3 Milliarden Euro konnten überhaupt nicht fließen.

Solche Verzögerungen sind kein Einzelfall. Sie verweisen auf ein strukturelles Vollzugsproblem öffentlicher Investitionspolitik: Der Flaschenhals liegt nicht im Haushalt, sondern in der Umsetzung. Planungsprozesse,

Verwaltungskoordination und Zuständigkeitslogik sind entscheidender als die Höhe der bereitgestellten Mittel.

Sondervermögen SVIK: System mit Ankündigungsüberhang

Bis Ende 2025 wurden laut Ministerium 24 Milliarden Euro aus dem SVIK investiert. Die Lücke zum Soll bleibt groß. Der Aufbau eines ressortübergreifenden Monitorings ist ein Schritt in Richtung Steuerung, aber auch ein Indikator für bisherigen Kontrollmangel. Die neue Investitionsuhr erhöht Transparenz, ersetzt aber keine Projektabwicklung. Auch der Investitions- und Innovationsbeirat soll Impulse liefern – allerdings ist unklar, inwieweit daraus konkrete Beschleunigungseffekte entstehen.

Verzögerung ist kein temporäres Problem

Aus ökonomischer Sicht ist nicht nur der Mittelabfluss entscheidend, sondern der Zeitpunkt der Wirksamkeit. Investitionen, die nominell dem Jahr 2025 zugerechnet werden, können real erst 2026 oder später wirken. Das schmälert ihren antizyklischen, stabilisierenden oder wachstumswirksamen Effekt. Je weiter sich Genehmigungsprozesse, Planungsgrundlagen oder föderale Abstimmungen ziehen, desto weniger entfalten Investitionen ihren wirtschaftspolitischen Zweck. Die Effizienz des Mitteleinsatzes hängt zunehmend von der administrativen Umsetzungskapazität ab.

Finanzielle Stabilität – operative Trägheit

Der positive Saldo beim Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) und die geringere Neuverschuldung zeigen fiskalische Stabilität. Doch auch das ist nur die halbe Bilanz. Die politische Erzählung von „massiven Zukunftsinvestitionen“ trifft auf ein operatives System, das in seiner Reaktionsgeschwindigkeit limitiert bleibt. Entscheidender als die Höhe der verfügbaren Mittel wird künftig ihre Konvertierbarkeit in reale Wirkung sein – technisch, administrativ und im Zeitverlauf.

Ausblick: Liquidität ersetzt keine Steuerung

2026 bietet fiskalischen Spielraum, aber keine Garantie für politische Wirksamkeit. Die angekündigte Planungsbeschleunigung ist notwendig, aber reicht allein nicht aus. Die eigentliche Herausforderung bleibt die operative Steuerungsfähigkeit im öffentlichen Investitionsvollzug – jenseits von Programmtiteln, Sondervermögen und Investitionsuhren.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947979/finanzenhaushalt-2025-investitionen-sondervermoegen/>